

Mittwochvormittag, Hauptseminar. Am Ende der zweistündigen Videokonferenz erlaube ich mir die Frage, wer heute lieber im frisch möblierten Seminarraum des Historischen Instituts gesessen hätte statt vor seinem Laptop oder Smartphone, wo wir uns seit Anfang Mai Woche für Woche „treffen“. Mag sein, das war ein wenig suggestiv formuliert, aber die Antworten sind eindeutig: Bis auf eine Kommilitonin, die auf persönliche Gründe verweist, ziehen es alle vor, sich auf den Weg in die Universität zu machen. Ganz ähnlich am Vortrag das Ergebnis nach der Vorlesung, die ebenfalls online stattfindet: Zwar hat sich auch „dort“ bisher niemand über die Situation beschwert – und sei es nur, weil alle wissen, dass die Dinge in diesem von Corona geprägten Sommersemester 2020 nirgendwo sehr viel anders gehandhabt werden als in Jena. Aber der Eindruck ist doch, dass die Lust aufs Digitale mittlerweile deutlich nachgelassen hat, bei den Lernenden wie bei den Lehrenden.

Die nervöse Neugier, ob und wie es wohl gelingen könnte, ganze Seminarprogramme aus dem Stand ins Netz zu verlegen, hat längst einer funktionierenden Alltagsroutine Platz gemacht. Verfliegen ist der Zauber des Anfangs, als sich im digitalen Hörsaal drei junge Menschen auf ihrem Sofa präsentierten, dabei selbstironisch grinsend über die inszenierte WG-Gemütlichkeit; vorbei auch das allseitige Schmunzeln über den Eishockey-Fan mit Basecap und großem Headset vor stilgerecht drapiertem Hintergrund.

Gewiss, die meisten meiner Studentinnen und Studenten loggen sich weiterhin pünktlich und regelmäßig ein, aber viele haben ihre Kamera inzwischen abgeschaltet. Statt eines Mosaiks aus briefmarkengroßen Gesichtern füllen den Bildschirm inzwischen mindestens zur Hälfte nur noch schwarze Kästchen, an die hinzusprechen psychologisch nicht ganz einfach ist. Noch mehr allerdings irritiert es, wenn eben noch aufmerksam dreinblickende Zuhörer mitten in der Vorlesung eine visuelle Auszeit nehmen.

Die Gründe dafür, dass man sich nicht zeigt, sind sicherlich oft privater oder einfach technischer Natur, denn nicht alle Studierenden verfügen über eine schnelle Internetverbindung. Manche wollen dann aber auch ihre Skepsis hinsichtlich der Datensicherheit demonstrieren. Tatsächlich sind es vielfach die großen privatwirtschaftlichen Anbieter, auf deren Dienste sich die Universitäten ver- und einlassen müssen. (Weshalb die kommerzielle Software immer noch benutzerfreundlicher ist als alles, was das aus Steuergeld finanzierte Deutsche Forschungszentrum in dieser Hinsicht zu bieten hat, kann bei Gelegenheit vielleicht einmal Dorothee Bär eruieren.)

Präsenz-Leere

Als Ort des geistigen Austauschs ist die Universität nicht beliebig digitalisierbar. Das gilt für die Forschung wie für die Lehre

VON NORBERT FREI

ren, unsere Digitalstaatsministerin, die kürzlich erklärte, die Bundesregierung habe „den Schuss gehört“.)

Wie sehr – auch – die deutsche Hochschullandschaft in der Ausstattung mit moderner digitaler Infrastruktur hinterhinkt, zeigt gleichsam im Umkehrschluss die Aktion „Laptopspende“ an meiner Universität: Nicht mehr benötigte Hardware aus Privathaushalten und Unternehmen soll Studierenden helfen, die andernfalls mangels tauglichen Geräts an den neuen Unterrichtsformen nicht adäquat teilnehmen können. Wem das wie eine Nachricht aus einem Entwicklungsland vorkommt, dem sei gesagt, dass bereits 100 der bisher in Jena abgelieferten Rechner, ausgestattet mit neuer Software, weniger begüterten jungen Leuten als Dauerleihgabe zur Verfügung stehen.

Die Hochschule braucht „Einsamkeit und Freiheit“, aber auch den direkten Dialog

Doch die plötzliche Alternativlosigkeit jenes elektronischen Lehrens und Lernens, wie es eine Reihe von Bildungsbürokraten (mit überschaubarer Resonanz) und Softwareentwicklern (mit durchschaubaren Motiven) seit Jahren propagiert, offenbart nun auch schlagartig dessen Schattenseiten. Nicht zu Unrecht weisen Dozentinnen und Dozenten ohne Festanstellung auf Einsparpotenziale hin, die sich ergeben, wenn Standardkurse erst einmal digital aufbereitet und aufgezeichnet sind: Warum, so könnten klamme Hochschulverwaltungen sich dann fragen, sollen dafür weiterhin Semester um Semester (schlecht) bezahlte Lehraufträge vergeben werden? Und warum sollte man den jetzt im Eiltempo gebneten Weg ins Web nicht weiter ausbauen? Am Ende ging es nicht mehr nur um ein paar netzbasierte Lehr-einheiten für Anfänger in Massenfächern, sondern um die Universität als physischen Ort: Wozu all die teuren Räumlichkeiten, wenn sich, wie im Zeichen der Pandemie scheinbar bewiesen, fast alles ins „Home-Office“ verlegen lässt?

Man muss den gegenwärtigen Schub ins Digitale nicht verteufeln, zumal sich leicht erklären lässt, was eine Universität von entmaterialisierten Lernplattformen wie, sagen wir, der bereits seit Jahren millionenfach genutzten britischen Gründung „Future Learn“ unterscheidet: Universität erschöpft sich nicht in Stoffvermittlung, Universität bedeutet intellektuellen Austausch und kritische Reflexion in der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden. Das aber erfordert Präsenz, wie ganz zu Recht ein Germanisten initiiertes offener Brief zur Lage konstatiert, den mittlerweile mehr als 4000 Hochschul-lehrerinnen und -lehrer unterzeichnet haben, darunter keineswegs nur die gerne als technikfeindlich verschrienen Geisteswissenschaftler.

Die „Idee der Universität“, verkündete Karl Jaspers 1961 im antitotalitären Sound dieser Jahre, bestehe in der Aufgabe, der freien Welt „und damit sich selbst ständig den Spiegel vorzuhalten, damit die faktische Unwahrhaftigkeit und Unfreiheit dieser Welt, die nur erst auf dem Wege zur Freiheit ist, gesehen und immer von neuem überwunden werde“. Das mag ein wenig altbacken klingen, aber in der Formulierung des Philosophen steckt eine Forderung, die noch weiter greift als jene nach schnellstmöglicher Rückkehr zur Präsenzlehre: Es geht um die Wiederbegründung der Universität als Lebensform, die Max Webers „Einsamkeit und Freiheit“ am stillen Schreibtisch genauso braucht wie die dialogische Vorlesung im Hörsaal und das kollegiale Gespräch im Seminar.

Wenn es in den nächsten Monaten um den Rückbau all der Restriktionen geht, die uns das Virus aufgezwungen hat, dann dürfen die Universitäten nicht hinteranstehen. Nichts von dem darf bleiben, was dem Geist der Universität zuwider ist.



Norbert Frei ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Jena und leitet das Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts.

STEINKES ANSICHTEN



Regnerischer Südwesten

BILD: JURRIKE STEINKE

POLITIK

Verdoppeltes Elend

Niemals in seiner 70-jährigen Geschichte hat das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen mehr Vertriebene auf der Welt registriert. Doch die Zahl der Asylanträge in der EU ist im April auf den niedrigsten Wert seit 2008 gesunken – das liegt an Abschottung und Corona

VON MORITZ BAUMSTIEGER UND CONSTANCE VON BULLION

Berlin/München – Mehr Menschen denn je sind vor Krieg und Elend auf der Flucht – aber nur die wenigsten schaffen es derzeit nach Europa. 79,5 Millionen Menschen mussten nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks UNHCR im vergangenen Jahr weltweit fliehen. Das entspricht einem Anstieg um fast neun Millionen Menschen im Vergleich zum Vorjahr.

Niemals in seiner 70-jährigen Geschichte habe die Flüchtlingsbehörde der Vereinten Nationen mehr Vertriebene registriert, heißt es in dem am Donnerstag veröffentlichten Weltflüchtlingsbericht „Global Trends“. In scharfem Kontrast dazu steht der Negativrekord, den die europäische Asylbehörde Easo vermeldete. Demnach ist wegen der Corona-Pandemie die Zahl der Asylanträge in der EU im April auf den niedrigsten Wert seit 2008 gesunken.

Die Europäische Union hat sich wegen Covid-19 gegen Drittländer abgeschottet, die EU-Außengrenzen sind für Asylbewerber nur noch schwer passierbar, auch wenn Geflüchtete von den Grenzsicherungen formal ausgenommen sind. Selbst für besonders gefährdete Flüchtlingsgruppen hat Deutschland seine Umsiedlungsprogramme vorübergehend eingestellt. Auf Anfrage teilte das Bundesinnenministerium mit, man stehe mit allen relevanten Partnern in Kontakt, um die Aufnahmen von besonders schutzbedürftigen Personen „alsbald wie möglich wiederaufzunehmen“. Wann das sein wird, blieb offen: Von Verfahren zu Verfahren könne die Entscheidung „zeitlich unterschiedlich ausfallen“.

Vertreibung wird zunehmend als Kriegstaktik eingesetzt, etwa in Syrien

Im Rest der Welt wächst die Flüchtlingsnot gewaltig. Nach dem Bericht, den das UN-Flüchtlingswerk kurz vor dem Weltflüchtlingsstag am Samstag veröffentlichte, gab es zum 31. Dezember 2019 weltweit 29,6 Millionen Menschen, die in ein anderes Land geflohen waren. Dazu zählen 3,6 Millionen Venezolaner, die sich vor dem Chaos im eigenen Land in Nachbarstaaten und darüber hinaus retteten. 45,7 Millionen waren weltweit auf der Flucht im eigenen Land. Hier stieg die Zahl um 4,4 Millionen. Immer mehr Menschen steckten zudem im rechtlichen Niemandsland fest, weil über ihren Asylantrag nicht entschieden wurde. Im Vergleich zum Vor-

jahr ist ihre Zahl um 20 Prozent gewachsen, auf 4,2 Millionen Fälle.

„Die Zahlen zeigen die Komplexität und Dramatik der Flüchtlingssituation weltweit, die in Europa oft nicht gesehen wird“, sagte der Repräsentant des UNHCR in Deutschland, Frank Remus, der *Süddeutschen Zeitung*. Nicht einmal ein Zehntel der Menschen habe in Europa Schutz gefunden. Die meisten befänden sich in Staaten, die selbst mit Problemen kämpften. „80 Prozent aller Flüchtlinge und Binnenvertriebenen befinden sich in Regionen oder Ländern, die von akuter Ernährungsunsicherheit und ökonomischen Schwierigkeiten betroffen sind“, sagte Remus. Zwar sei es eine „Genugtuung“, dass die Solidarität mit Geflüchteten in Deutschland immer noch groß sei. Das Flüchtlingshilfswerk hoffe auf Fortschritte bei der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems, „im Interesse der Flüchtlinge, aber auch im eigenen Interesse“.

Auch für Flüchtlingsorganisationen ist das Leid schwer zu bewältigen. 79,5 Millionen Vertriebene, das sind fast dreimal so viele wie nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Seit 2010 haben sich die Zahlen weltweit nahezu verdoppelt, von 41 auf 79,5 Millionen. Stellten Vertriebene einen eigenen Staat, wäre er der zweitgrößte der EU, gleich nach Deutschland, rechnet das UNHCR vor. Drei Viertel der Geflüchteten hoffen, bald heimkehren zu können. Nur sei das immer seltener der Fall. Während in den 1990er-Jahren pro Jahr durchschnittlich 1,5 Millionen Menschen nach Hause zurückkehren konnten, sank die Zahl laut UNHCR in den vergangenen Jahren auf 390.000 Menschen. Vertreibung wird zum Dauerzustand. Sie ist oft auch nicht nur ein Nebeneffekt, sondern ein bewusst eingesetztes Instrument in Konflikten.

Filippo Grandi, Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, bezeichnete die Verstärkung der Recht- und

Heimatlosigkeit als inakzeptabel. „Von den Betroffenen kann nicht erwartet werden, jahrelang in Ungewissheit zu leben, ohne die Chance auf eine Rückkehr und ohne Hoffnung auf eine Zukunft an ihrem Zufluchtsort.“ Nötig sei eine „grundlegend neue und positivere Haltung gegenüber allen, die fliehen“ – und mehr Entschlossenheit, Konflikte zu lösen.

Der starke Anstieg von 70,8 Millionen Geflüchteten auf 79,5 Millionen zwischen 2018 und 2019 ist laut UNHCR insbesondere den Binnenvertriebenen in der Demokratischen Republik Kongo und der Sahelzone zuzurechnen, aber auch den Bürgerkriegen in Jemen und in Syrien. Allein die Syrer machen ein Sechstel der weltweiten Flüchtlinge aus, und entgegen der öffentlichen Wahrnehmung ist der Krieg im Land von Baschar al-Assad alles andere als vorbei. Anfang des Jahres startete die Armee des Regimes eine Offensive auf die Rebellennklave Idlib, die allein eine Million

Menschen obdachlos machte. Das Vorgehen der Armee in Idlib kann man als exemplarisch für das einer Konfliktpartei sehen, die Vertreibung als Kriegstaktik einsetzt: Erst wird für die Zivilbevölkerung lebensnotwendige Infrastruktur ins Visier genommen, werden Krankenhäuser, Bäckereien und Wohnviertel beschossen. Sobald die Bewohner ihre Häuser verlassen haben, rücken die Angreifer vor – wissend, dass sich die in den Ruinen verschanzten Gegner nicht lange werden halten können.

Die Zahl der Bootsunglücke im Mittelmeer ist zuletzt wieder gestiegen

Vielfach sind die Eroberer gar nicht an einer Rückkehr der Zivilisten interessiert: Entvölkert lässt sich das eingenommene Gebiet besser kontrollieren, später leichter an Oligarchen zur Neubebauung verschachern, die die Vertreibungen durch Söldnertruppen oft mitfinanzieren. In Syrien etwa verhindern regimenahe Milizen durch systematische Plünderung all jener Gebäude, die das Bombardement überlebt haben, eine Rückkehr der Bevölkerung – selbst Fliesen und Rohre werden entfernt und abtransportiert. Dass er den geflohenen Untertanen nicht nachtrauert, bekannte Machthaber Assad 2017 unverhohlen in einer Rede: Das Land habe schmerzhaft Verluste erlebt, doch die Gesellschaft sei „gesünder und homogener“ geworden.

In seinem Bericht legte das Flüchtlingswerk auch Zahlen für Deutschland vor, für die Zeit vor der Corona-Pandemie. Demnach stand die Bundesrepublik unter den Gastländern für Geflüchtete weltweit auf Platz fünf – hinter der Türkei, Kolumbien, Pakistan und Uganda. Die Zahl der Asylsuchenden sank in Deutschland zwischen 2018 und 2019 von 369 284 auf 309 262 Personen. Im April dieses Jahres dann, nach dem Lockdown, brachen die Flüchtlingszahlen ein. In der EU lagen sie laut der Europäischen Asylbehörde Easo um 87 Prozent unter denen des Vorjahres – der niedrigste Wert der vergangenen zwölf Jahre.

Dieser Trend könnte sich jedoch wieder umkehren: Vergangene Woche meldete die Grenzschutzagentur Frontex, dass sich die Zahl der illegalen Grenzübertritte im April mit 4300 gegenüber dem Vormonat verdreifacht habe. Und auch die traurige Zahl der Bootsunglücke steigt wieder an. Am Mittwoch wurden die Leichen von drei afrikanischen Migranten an der libyschen Küste angespült, zwölf weitere werden vermisst.

Problem verlagert, nicht gelöst

Griechenland siedelt Migranten von den Inseln auf das Festland um

München – Das Elendslager Moria auf der Agäis-Insel Lesbos ist inzwischen etwas weniger extrem überfüllt als noch vor drei Monaten; derzeit leben nach Erhebungen des UN-Flüchtlingswerks (UNHCR) dort etwa 16 000 Menschen, Anfang März waren es noch mehr als 19 000. Da das Camp ursprünglich für nur knapp 3000 Menschen ausgelegt war, sind die Bedingungen vor Ort noch immer weit davon entfernt, menschenwürdig zu sein. Aus Sicht der griechischen Regierung aber sind nun immerhin entschlossene Schritte in Richtung einer Verbesserung in die Wege geleitet.

Bis zum Ende des Jahres will Athen mindestens 11 000 Geflüchtete aus Lagern wie jenem in Moria umsiedeln. Die Bearbeitung von Asylanträgen soll weiter beschleunigt werden, und ein neues Gesetz sieht vor, dass jene, deren Antrag bewilligt wurde, ihre Plätze in den Camps nun umgehend freigeben müssen. Das Vorgehen bringt allerdings neue Probleme mit sich: Anfang dieser Woche etwa griff die Polizei mehrere Dutzend Migranten auf, die am Viktoria-Platz in Athen campierten – die meisten von ihnen waren kurz zuvor aus Moria und anderen Lagern entlassen worden. Das UNHCR mahnt nun, es genüge nicht, „das Problem von den Inseln aufs Festland zu verlagern“. Migrationsminister Notis Mitarakis entgegnete, die Menschen am Viktoria-Platz seien aus freien Stücken dorthin gekommen, hätten jedoch auch Unterstützung im Rahmen eines EU-finanzierten Programms namens Helios beantragen können.

Unterdessen wächst in Athen die Sorge, dass die Regierung der benachbarten Türkei wieder, wie im Frühjahr geschehen, Migranten zu Tausenden ermuntern könnte, die griechische Grenze zu überqueren. In dem Fall werde man die Türkei „auf internationaler Ebene blockieren“, sagte Vize-Ministerpräsident Miltiadis Varvitsiotis.

Die Tatsache, dass zuletzt weniger Menschen aus der Türkei auf griechisches Territorium gekommen sind, dürfte auch mit dem harten Durchgreifen der griechischen Grenzschützer zusammenhängen. Das UNHCR forderte Athen kürzlich auf, den „zahlreichen“ Berichten über sogenannte Pushbacks an den griechischen Land- und Seegrenzen nachzugehen. Gemeint ist damit das unmittelbare Abschieben von Menschen über die Grenze, ohne überhaupt zu prüfen, ob diese schutzbedürftig sind. Die griechische Regierung weist die Vorwürfe bislang kategorisch zurück: Die Küstenwache des Landes agiere „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen internationalen Rechts“.

TOBIAS ZICK



Wachsende Not: Migranten harren vor der Küste Maltas aus.

FOTO: RENÉ ROSSIGNAUD/AP